

**Antrag 38/II/2023****Jusos Brandenburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Der/Die Bundesparteitag möge beschließen: Der/Die****Landtagsfraktion möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****zurückgestellt****Zwischen Sternen und Machtstrukturen: Europas Antwort auf den Raumfahrtimperialismus**

1 Deutschlands Beitritt zu den "Artemis Accords" zeigt  
 2 einen verpassten Schritt, die ESA – die gemeinsame  
 3 Raumfahrtorganisation Europas – zu stärken. Da-  
 4 durch begibt sich Deutschland in Abhängigkeit von  
 5 den USA und festigt deren Monopolstellung.

6 Demgegenüber steht, dass eine gestärkte ESA für  
 7 Deutschland und die anderen europäischen Bünd-  
 8 nisstaaten langfristig einen wirtschaftlichen Auf-  
 9 schwung sowie eine von amerikanischen Machtin-  
 10 teressen unabhängige Raumfahrtorganisation be-  
 11 deuten würde.

12 Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und der  
 13 Bundesvorstand der SPD werden aufgefordert, sich  
 14 innerhalb des Bundestags und innerhalb der SPD-  
 15 geführten Bundesregierung dafür stark zu machen,  
 16 dass die imperialistischen Machtstrukturen der USA  
 17 in der Raumfahrt nicht weiter unterstützt werden.  
 18 Ein nationales Gesetz soll geschaffen werden, dass  
 19 Raumfahrt und private Raumfahrt reguliert und  
 20 dabei die europäische Weltraumorganisation ESA  
 21 stärkt. Bei dieser Gesetzgebung sollte im Vorder-  
 22 grund stehen, eine antiimperialistische Zusammen-  
 23 arbeit zwischen allen Nationen zu fördern. Um die  
 24 ESA nachhaltig zu stärken, sollte die staatliche För-  
 25 derung für Forschung und Entwicklung im Bereich  
 26 Raumfahrt erhöht werden. Ferner sollte die von der  
 27 SPD geführte Bundesregierung bestrebt sein, aus  
 28 dem Vertrag "Artemis Accords" mit den USA umge-  
 29 hend auszutreten.

30 Die Grundwerte der SPD beschränken sich nicht  
 31 auf Ländergrenzen oder Höhenangaben. In der  
 32 Raumfahrt müssen Sicherheit, Nachhaltigkeit und  
 33 Gerechtigkeit verteidigt werden, sodass in einem  
 34 "rechtsfreien" Raum weiterhin die Stärkung unserer  
 35 Demokratie, der Klimaschutz und nachhaltiges wirt-  
 36 schaftliches Wachstum im Vordergrund stehen.

37

**Begründung**

39 Die UN-Generalversammlung verfolgte die fried-  
 40 liche Nutzung des Weltraums und gründete das  
 41 "Committee of the Peaceful Uses of Outer Space"

Anpassung der Zeilen 16 und 22, danach Überwei-  
 sung an Bundestagsfraktion

42 (COPUOS). Dieses beschäftigte sich mit offenen  
43 Rechtsfragen und entwickelte von 1961 bis 1963  
44 ein rechtliches Rahmenwerk, das von der UN-  
45 Generalversammlung empfohlen wurde. Obwohl  
46 nicht verbindlich, bildete es die Grundlage für das  
47 spätere Weltraumgesetz. Seit Dezember 1961 wur-  
48 den UN-Mitgliedstaaten ermutigt, das Völkerrecht  
49 auch im Weltraum anzuerkennen und Forschungs-  
50 ergebnisse allen Staaten zugänglich zu machen. Es  
51 wurden auch Regelungen zur Nutzung von Welt-  
52 raumressourcen festgelegt. Ab 1963 wurde die mi-  
53 litärische Nutzung des Weltraums behandelt, und  
54 nukleare sowie andere Massenvernichtungswaffen  
55 im All wurden verboten. Dies unterstrich die ge-  
56 meinsame Nutzung des Weltraums für die ge-  
57 samte Menschheit. Die völkerrechtliche Verantwor-  
58 tung für Weltraumaktivitäten liegt bei den jeweili-  
59 gen Staaten, unabhängig von ihrer staatlichen oder  
60 privaten Natur. Diese Prinzipien wurden im UN-  
61 Weltraumvertrag vom 27.01.1967 festgehalten, den  
62 mittlerweile 107 Staaten unterzeichnet haben.

63 Die fortlaufende Entwicklung der Raumfahrt und  
64 die Zunahme privater Akteure erfordern rechtliche  
65 Anpassungen. Staaten sind aufgefordert, nationale  
66 Gesetze zur Regulierung der privaten Raumfahrt zu  
67 erlassen, was von vielen Staaten bereits umgesetzt  
68 wurde. Deutschland hingegen hat trotz Unterzeich-  
69 nung des Vertrags noch kein entsprechendes Gesetz  
70 verabschiedet.

71 Ein erhebliches Problem ist der Weltraumschrott,  
72 der aus ausgedienten Objekten wie Raketenresten  
73 oder defekten Satelliten besteht. Bereits heute ist  
74 ein Ring aus Weltraumtrümmern um die Erde sicht-  
75 bar. Unternehmen wie SpaceX sind führend in der  
76 Entwicklung wiederverwendbarer Raketen, doch es  
77 gibt noch keine internationalen Regelungen zur Be-  
78 grenzung von Weltraummüll. Innovative Ansätze  
79 wie das Schweizer Projekt "Clean Space One" zielen  
80 darauf ab, Weltraumschrott gezielt einzusammeln  
81 und zu beseitigen. Es besteht jedoch Bedarf an ge-  
82 setzlichen Regelungen, um Unternehmen zu regu-  
83 lieren und langfristig Weltraumschrott zu reduzie-  
84 ren.

85 Ein nationales Raumfahrtgesetz würde Deutsch-  
86 land wirtschaftlich vorantreiben und in eine Spit-  
87 zenposition bringen. Es würde Investitionen und In-  
88 novationen fördern, und viele internationale Un-  
89 ternehmen könnten Deutschland als ihren EU-  
90 Standort wählen. Dies würde nicht nur die Raum-

91 fahrtindustrie ankurbeln, sondern auch in Bereichen  
92 wie Landwirtschaft, Logistik, Verkehr, Versicherung,  
93 Energiesektor, Pharmaindustrie und Infrastruktur  
94 positive Auswirkungen haben. Die Raumfahrt kann  
95 auch zur Erreichung der Klimaziele beitragen, indem  
96 sie ermöglicht, Ressourcen umweltgerecht zu nut-  
97 zen und Waldbrände genauer zu überwachen und  
98 zu bekämpfen.  
99